

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/192

Bonn, den 6. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>Bücher auf dem Scheiterhaufen</u> Ein schlimmes Zeichen	35
1	<u>"Doktrinäre Gewerkschaftspolitik"</u> Wohin steuert Erhard?	17
2	<u>Angebrachte Warnung</u> Bonner Unterstützung für Weiß-Rhodesien?	36
3 - 5	<u>Die politische Krise in Griechenland</u> Ursachen und Lehren Von Günter Markscheffel	159

SELBSTBESTIMMUNG UND BUNDEWEIDUNG bringt heute:  
Als Grenze unannehmbar  
Vertriebene wählen sozialdemokratisch  
Zehn neue Abgeordnete  
Volle Unterstützung in Bayern  
Ehrung für Otto ULLICH  
Alfred SCHNEIDER ausgezeichnet  
Was tut not?

### Bücher auf dem Scheiterhaufen.

---

sp - Am Düsseldorfer Rheinufer wurden Bücher auf einem Scheiterhaufen verbrannt. Diese barbarische Art, mit unliebsamen Büchern fertigwerden zu wollen, gehört zu den schrecklichen Bildern, die die Erinnerung an jede Art von Totalitarismus, nicht nur seiner nationalsozialistischen Spielart, aufschreckend wachwerden lassen. - Die Bücherbrenner von Düsseldorf gehören, was den Fall noch unerfreulicher macht, zu dem evangelischen "Jugendbund für entschiedenes Christentum", und sie werden als "Jugendliche von 13 bis 30 Jahren" beschrieben, deren Brennererei "eine ganz private Sache" gewesen sei. Die Bücher, Magazine und Zeitschriften, die sie wegen ihres "schmutzigen und unförderlichen Inhaltes" verbrannt hatten, seien ihr persönlicher Besitz gewesen. Zu diesen Büchern hatte - wen wundert's noch? - auch die "Blechtrömel" von Günter Grass gehört.

Man könnte jetzt eine bittere Satire schreiben, etwa über die 30-jährigen Jugendlichen, oder über Dreizehnjährige, die die "Blechtrömel" zu beurteilen vermögen, oder über den erstaunlichen Eifer, mit dem diese jugendlichen Bücher, Magazine und Zeitschriften "schmutzigen und unförderlichen" Inhaltes ankaufen und in ihren persönlichen Besitz bringen. Hier geht es aber nicht mehr um Satire, und es geht auch nicht um die Frage, wie sich ein Literaturbeflissener den von ihm angekauften Büchern gegenüber verhält; er kann sie im Zweifelsfall sicherlich auch in seinem eigenen Ofen verkohlen lassen, wenn ihm wirklich danach zumute sein sollte.

Aber öffentlich auf einem Scheiterhaufen verbrennen?! Und sich dessen auch noch rühmen?! Die Erwachsenen, die für den "Jugendbund für entschiedenes Christentum" verantwortlich sind, sollten die ihnen anvertrauten Jugendlichen, auch wenn sie schon 30 Jahre alt sind, mit der hier gebotenen Entschiedenheit zur Reason bringen. Nirgends und zu keiner Zeit dürfen in Deutschland wieder Bücher verbrannt werden - denn wer Bücher verbrennt, hat ein schlimmes Zeichen gegeben, dessen weiterlodernde Flammen uns alle zutiefst schauern lassen sollten: Die Deutschen, die den Totalitarismus noch selbst miterlebten, und die Deutschen, die nach 1945 in eine vermeintlich bessere Zeit hineingeboren worden sind. Die Verantwortung ist, wie der Scheiterhaufen am Düsseldorfer Rheinufer zeigt, doch nicht so unteilbar.

### "Doktrinaire Gewerkschaftspolitik" - Wohin steuert Erhard?

---

sp - Noch sind es zwei Wochen bis zur Verlesung der Regierungserklärung des zweiten Kabinetts Erhard, aber was bisher über den vermutlichen Inhalt bekannt wurde, läßt aufhorchen. Die von ihm geführte Regierung steuert eine "Abgrenzung gegen eine doktrinaire Gewerkschaftspolitik" an, verkündete Erhard vor der Verhandlungskommission der Unionsparteien und fand dafür Beifall. Was ist wohl darunter zu verstehen? Heißt es, daß die alt-neue Koalition den Katzerflügel, dereich gern zur "Linken" rechnet, in die Rolle einer einflußlosen Minderheit drängen wird? Katzer und seine Mannschaft sind im 5. Bundestag schwächer vertreten, sie haben weniger Abgeordnete. Erhards Einstellung zu den Gewerkschaften zeichnete sich in der Vergangenheit nicht gerade durch Verständnis und Wohlwollen aus; sie trug zuweilen den Stempel offener Gegnerschaft. Ein scharfer Wind in der Sozialpolitik steht bevor, was gewiß nichts Gutes verheißt. Was wird aus der Mitbestimmung und den Forderungen, die Katzer vor den Wahlen gerade auf diesem Gebiet lautstark erhoben hat. Wenn nicht alles täuscht, dürfte eine Kapitulation fällig sein.

Angebrachte Warnung

Bonner Unterstützung für Weiß-Rhodesien ?

sp - Den Verhandlungen zwischen dem rhodesischen Premierminister Ian Smith und der britischen Regierung über die Gewährung baldiger Unabhängigkeit Rhodesiens werden kaum Chancen des Gelingens gegeben. Die Londoner Regierung ist kein Feind der Unabhängigkeit, doch sie knüpft daran gewisse Bedingungen, weil sie den Ausbruch eines Chaos in diesem Teil Afrikas vermeiden will. Dort leben 2,5 000 Weiße britischer Abstammung und fast vier Millionen Schwarze. Die europäischen Siedler möchten ihre bisherige Vorherrschaft aufrechterhalten und sogar noch verschärfen, die schwarzen Bewohner genießen keinerlei politische Rechte, sie gelten immer noch als Kolonialvolk.

Der Rassegegensatz in diesem Lande schlug schon hohe Wellen, führte zu blutigen Zusammenstößen. Ein Vorstoß der weißen Regierung Rhodesiens bei den Vereinten Nationen löste heftige Proteste der Afro-Asiaten aus. Die britische Regierung hat schon angedroht, eine einseitige Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens mit politischen und wirtschaftlichen Sanktionen zu beantworten. Sie befürwortet eine weitgehende Gleichberechtigung von Schwarzen und Weißen und kann sich dabei auf die Zustimmung der öffentlichen Meinung Großbritanniens berufen. Sie sträubt sich dagegen, daß in Rhodesien Zustände wie in Südafrika mit seiner Politik der Unterdrückung der schwarzen Rasse einkehren.

Die Regierung Rhodesiens, die Zeichen der Zeit verkennend, sucht nun Rückendeckung, wo sie sie finden kann. Einer ihrer Abgesandten fand in Portugal freundliche Aufnahme und Zustimmung, ein anderer, der Chef des Informationsamtes, wird in nächster Zeit Bonn besuchen. Die deutsche Afrika-Politik beginge einen nicht mehr wieder gutzumachenden politischen und psychologischen Fehler, würde sie den Wünschen der weißen Siedler Rhodesiens ein Ohr leihen und ihren Einfluß für die Gewährung von Unabhängigkeit einsetzen, ohne daß den Schwarzen staatsbürgerliche Rechte zugesichert werden. Die deutsche Politik braucht die Freundschaft und die Sympathie der schwarzen Völker Afrikas, sie darf sie nicht leichtfertig verspielen. Das Ansehen der Bundesrepublik in Afrika ist ohnehin nicht so groß, wie manche wahrhaben möchten. Auch Großbritannien würde eine einseitige Festlegung Bonns zugunsten der weißen Vorherrschaft in Rhodesien als unfreundlichen Akt betrachten. Gründe also genug, die Finger davon abzulassen.

## Die politische Krise in Griechenland

### Ursachen und Lehren

Von Günter Markscheffel

Nach wochenlangen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien und zum Teil auch zwischen dem Königshaus und der legalen Regierung Papandreu konnte vor kurzem in Athen eine schwache, nur auf vier Stimmen Mehrheit beruhende, Regierung unter dem früheren Zentrumspolitiker Stefanopoulos gebildet werden. Wie lange sich diese Regierung an der Macht halten kann, weiß niemand. Tatsache ist jedoch, daß sich Stefanopoulos auf einen gefährlichen Balanceakt eingelassen hat, weil die ihn zur Not tragende Mehrheit nur über ein negatives Programm verfügt: das ist die deklarierte Absicht, die aus den Wahlen im Jahre 1964 mit 53 Prozent der Stimmen hervorgegangene Zentrumsunion von der Mitverantwortung im Staat auszuschließen.

Es mag sein, daß der frühere Ministerpräsident Papandreu formale Fehler begangen hat, als er sich von dem jungen König aus der Regierungsverantwortung drängen ließ. Doch darüber wird später zu urteilen sein. Heute geht es um die Untersuchung der Frage, welche Lehren aus den jüngsten Ereignissen in Griechenland abgeleitet werden müssen.

\* \* \*

Der jetzt 75-jährige Papandreu ist ein liberaler Politiker. Ihm hat es Griechenland zu verdanken, daß dieses Land sofort nach dem Zweiten Weltkriege und nach dem gescheiterten Versuch Moskaus, mit Hilfe der griechischen kommunistischen Partei neben Bulgarien, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und Albanien auch Griechenland zu einem kommunistischen Satelliten zu machen, die einzige, vom Moskauer Einfluß unabhängige Demokratie auf dem Balkan wurde. Nach einem schrecklichen Bürgerkrieg konnte Papandreu wieder die konstitutionelle Monarchie und die parlamentarische Demokratie als Fundament eines modernen Staates in den Vordergrund seiner politischen Ziele stellen.

In den schweren Jahren danach wurde Papandreu vor einer rechtsbürgerlichen Mehrheit aus der unmittelbaren politischen Verantwortung verdrängt. In der Opposition war er immer bemüht, dem griechischen Volk klarzumachen, daß die Demokratie auch hier nur Bestand haben wird, wenn es endlich begreift, wie notwendig die Modernisierung der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens ist. Für dieses Ziel schlug sich der alte Liberale wie ein Löwe. Er reiste von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf, hielt Ansprachen vor Arbeitern, Bauern und Studenten, sammelte immer mehr Freunde um sich und wurde im Jahre 1961 bei den Wahlen nur durch eine massive Wahlfälschung, die mit Hilfe von Polizei und Militär organisiert worden war, knapp geschlagen. Als die Wahlfälschungen nachgewiesen werden konnten, kam es zu Neuwahlen, die Papandreu mit 53 Prozent des Stimmenanteils für seine Zentrumsunion an die Spitze der Regierung trug.

Von diesem Augenblick an erlebte Griechenland zum erstenmal seit Venizelos eine Regierung, die ihr im Wahlkampf verkündetes Programm ernst nahm. In rascher Folge wurden soziale, wirtschaftliche und kulturpolitische Gesetze im Parlament verabschiedet, die einen ersten Schritt zur Modernisierung Griechenlands darstellten.

\* \* \*

Die Folge davon war die Stabilisierung der Wirtschaft und der Währung, die Eindämmung der Korruption und die Wiederherstellung der Bürgerrechte. Papandreu wußte, daß er hierdurch den Zorn allerderjenigen auf sich zog, die bisher trotz großzügiger Hilfe der westlichen Demokratien nicht imstande gewesen waren, ein normal funktionierendes Wirtschaftsleben zu organisieren und abertausende Griechen wegen einer latenten Arbeitslosigkeit gezwungen hatten, fern der Heimat Arbeit zu suchen.

Dieser Zorn der Gestrigen hat sehr reale Gründe. Er entsprang der bis zur Regierungsübernahme durch Papandreu als Selbstverständlichkeit betrachteten "Norm", daß eine kleine Schicht von Großverdienern ungeheure Vermögen anhäufte und sich mit allen Mitteln dagegen wehrte, für immer ihres politischen Einflusses beraubt zu sein.

Das und nichts anderes ist der Ursprung und Hintergrund der seit Juni dieses Jahres andauernden Krise in Griechenland, einer Krise, die zwar formal beendet zu sein scheint, aber nach wie vor unter der Decke schwelt.

\* \* \*

Wenn man nun fragt, ob diese, für die ganze freie Welt sehr gefährliche Krise hätte vermieden werden können, so gelangt man zu folgender, für manchen oberflächlicher und durch Falschmeldungen irritierten Zeitungsleser vielleicht überraschender Feststellung: Die in Griechenland entstandene Situation ist das Ergebnis der Gedankenlosigkeit führender gesellschaftlicher Schichten, die nicht begreifen wollen und können, daß eine Demokratie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nur Bestand haben kann, wenn sie bereit sind, soziale Reformen zu billigen und auch tatsächlich durchzuführen. Das wiederum setzt voraus, daß diese führenden gesellschaftlichen Schichten nicht den Versuch machen, mit Hilfe von Militär und Polizei Privilegien zu bewahren, von denen man behauptet, sie seien das Ergebnis jahrhundertalter Familientradition und dürften daher nicht angetastet werden.

Ins aktuell Politische übersetzt bedeutet dies: Ein Volk, das den Anschluß an das Industriezeitalter sucht - wie es beim griechischen Volk der Fall ist - , wird zu politischem Abenteuerium verurteilt, wenn sich führende Schichten dagegen sträuben, dem Fortschritt den Weg zu ebnen.

Die letzten Wochen haben in Griechenland gezeigt, daß diese vor kurzen herrschenden Schichten auch die Demokratie manipulieren können. Sie haben systematisch aus der Mehrheitsgruppe der demokratischen Mitte der Zentrumunion, mit Hilfe von Ministersesseln und anderen Dotationen einzelne Personen herausgebrochen und dann eine Parlamentsmehrheit zusammengestellt, die nicht dem in freien Wahlen festgestellten Willen der Mehrheit des griechischen Volkes entspricht.

\* \* \*

Was sind die Folgen derartiger Methoden? Der junge König, der jetzt vielleicht glaubt, einen Sieg über Papandreu errungen zu haben hat jene Elemente in der griechischen Politik mobilisiert, die Papandreu bereits von einem bis 1964 bestehenden Stimmenanteil von 25 Prozent auf 12 Prozent zurückgedrängt hatte - die EDA eine Nachfolgeorganisation der verbotenen kommunistischen Partei Griechenlands. Ohne Prophet sein zu wollen, kann man heute schon sagen, daß verflüchtigte Politiker in Griechenland eines nicht allzu fernen Tages den jetzt in die Opposition gedrängten früheren Ministerpräsidenten Papandreu bitten werden, sein Werk der Modernisierung Griechenlands fortzusetzen, um auf diese Weise der Kommunisten Herr zu werden.

Es gibt natürlich auch noch einen anderen Weg zur "Stabilisierung" der Verhältnisse in Griechenland. Die jetzt scheinbar das Feld beherrschende Regierung Stefanopoulos kann mit Hilfe von Militär und Polizei und unter dem Vorwand, den Kommunismus zurückdrängen zu wollen, eine Art Militärdiktatur aufrichten. Wer das Griechenland von Papandreu gekannt hat, weiß, wie groß die Macht der Gendarmerie und des Militärs bis in das kleinste Dorf hinein war. Ein kleines Beispiel möge dies illustrieren. Wenn in Griechenland vor 1964 ein Bürger irgendeine Eingabe bei einer Behörde machen wollte, mußte er sich zuvor bei seinem örtlichen Gendarmeriechef ein sogenanntes politisches Leumundszeugnis ausstellen lassen. Wie diese Leumundszeugnisse zustande kamen, ist inzwischen durch die einschlägige Literatur hinreichend bekannt geworden.

Eine Regierung, die nicht von dem Willen der Mehrheit des Volkes getragen ist, kann aber auch dadurch für "Ruhe" im Lande sorgen, daß sie billige Arbeitskräfte in den Ländern mit Hochkonjunktur anbietet. Papandreu hatte gerade das Gegenteil begonnen. Er hatte z.B. die in Deutschland tätigen griechischen Gastarbeiter aufgefordert, sich den freien Gewerkschaften des Gastlandes anzuschließen, damit sie nach ihrer Rückkehr in die Heimat im Zuge der Industrialisierung als freie Gewerkschaftler einen ihnen gebührenden Platz in der modernen Gesellschaft einnehmen können. Der alte Liberale hatte begriffen, was viele seiner Landsleute der gleichen Gesellschaftsschicht offenbar noch nicht wissen: Ein moderner Industriestaat kann sich nur entfalten, wenn die in ihm lebenden Menschen als selbstbewußte Staats- und Wirtschaftsbürger "ihren" Staat mittragen.

Weil dieser von Papandreu eingeleitete Prozeß der Überwindung archaischer Zustände jetzt jäh unterbrochen ist, fühlt sich das Volk von Griechenland um seinen Wahlsieg im Jahre 1964 betrogen. Es sieht die alten Figuren einer in freien Wahlen abgewählten Führungsschicht wieder in Erscheinung treten und es könnte sich leicht jener politischen Abenteurern der extremen Linken oder Rechten zuwenden, die bestimmt andere Ziele haben als die Demokratisierung des Lebens in Griechenland.

\* \* \*

Um so höher ist die staatspolitische Haltung derjenigen Männer einzuschätzen, die Papandreu treu geblieben sind und die sich jetzt wieder anschicken, das Volk von Griechenland an die guten Traditionen der griechischen Demokratie zu erinnern. Papandreu und seine Freunde setzen den Kampf fort. Sie wissen, daß sie die überwältigende Mehrheit der Griechen hinter sich haben. Sie wissen aber auch, daß ihr grandioser Versuch zur Rettung der Demokratie scheitern kann, wenn sie von der freien Welt im Stich gelassen werden.

Die Dinge stehen in Griechenland auf des Messers Schneide. Daß die Kommunisten versuchen, diese Situation auszunützen, ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn jedoch die Gegner Papandreus weiter das Märchen verbreiten, diesevalte, geradezu klassische Liberale sei ein verkappter Kommunist und wenn - was durchaus möglich ist - kurzsichtige weltliche Politiker die früheren Führungsschichten, die durch eine einwandfreie Wahl von der Mehrheit des Volkes in ihre Grenzen zurückgewiesen wurden, unter irgend welchen Vorwänden wieder aus der Versenkung hochziehen, dann wären alle Befürchtungen über den Verlust des südöstlichen Eckpfeilers der NATO im Mittelmeerraum berechtigt.

\* \* \*